

Editorial

Was sind schon die Probleme des kommunalen Alltags im Angesicht des Krieges? Ein Teil der Antwort auf diese Frage lautet: **Der Krieg holt uns auch im Alltag ein.**

Deshalb finden sich in dieser Information zwei Beiträge, die – so meine ich – auch die Zusammenhänge zu kommunalem Wirken verdeutlichen. Ich danke Miriam Tödter vom Verein „Wir packen's an – Nothilfe für Geflüchtete“ doppelt: Vor allem für das Engagement,

das in Ihrem Beitrag deutlich wird und dann auch für die Zustimmung zur Veröffentlichung ihres Beitrages.

Er führt die „doppelten Standards“ vor Augen, die gegenwärtig die Politik hierzulande beherrschen und macht beklammend deutlich, wie Interessen den Umgang mit Menschen bestimmen.

Und mein Beitrag soll zeigen, wie sehr Karl Liebknecht mit seinem wohl bekanntesten Wort Recht hatte: **Der Hauptfeind steht im eigenen Land!**

Denn DIE LINKE steht aktuell vor der gleichen Entscheidung, wie einst Karl Liebknecht: Sie muss sich entscheiden zwischen „Vaterlandsverteidigung“ (aktuell: „Verteidigung der Westlichen Werte“) – also unter dem Strich einer Kriegsbefürwortung – und dem Kampf gegen die Ursachen von Krieg und Zerstörung.

Dr. Artur Pech

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Zwischen den Kreistagen

Miriam Tödter: Nicht mit zweierlei Maß

(Gast-Rede auf der 1. Tagung des 8. Parteitags der LINKEN Brandenburg am 2. und 3. April 2022)

Erst einmal ein ganz großes Dankeschön, dass ich auf eurem Landesparteitag für „Wir packen's an“ über unsere Arbeit zur Unterstützung von Menschen auf der Flucht sprechen darf.

Ich bin Miriam Tödter. Ich bin eine der Mitgründer*innen des Brandenburger Hilfsvereins „Wir packen's an“. Wir haben uns vor zwei Jahren gegründet und ich bin im Vorstand.

Ich möchte euch vorneweg nicht nur dafür danken, dass ich hier reden darf, sondern ein ganz großes Dankeschön sagen vor allen Dingen an DIE LINKE

Märkisch-Oderland für ihre unverbrüchliche solidarische Unterstützung seit unserer Gründung vor zwei Jahren. Ich möchte mich ebenfalls bedanken bei der LINKEN Barnim, der Landtagsfraktion der LINKEN und Dagmar Enkelmann.

Warum ist es mir wichtig, heute hier zu reden und warum bin ich eingeladen worden heute hier zu reden? Ich glaube ein wichtiger Grund ist schon genannt worden: Dass es nicht zweierlei Maß geben sollte bei unserer Solidarität mit Menschen auf der Flucht, dass es nicht

gute Geflüchtete und schlechte Geflüchtete geben sollte, dass es nicht die Einen und die Anderen geben sollte: Die Einen sind willkommen und die Anderen sollen draußen bleiben. Die einen werden mit Zügen und mit Bussen von der Grenze abgeholt und die anderen ersaufen im Mittelmeer oder frieren im Winterwald an der belarussisch-polnischen Grenze.

Wir leisten seit sechs Monaten solidarische Unterstützung für Menschen auf der Flucht, die versuchen von Belarus über die Grenze nach Polen in die Sicherheit der EU zu gelangen. Viele Menschen sind dort bereits erfroren, sind gestorben im Wald, sind schwer krank. Ganz viele sind illegaler Weise „gepushbackt“ – also illegal zurückgeschlagen worden über die Grenze nach Belarus. Und seit fünf Wochen, seit Kriegsbeginn leisten wir solidarische Unterstützung für Menschen, die aus der Ukraine fliehen müssen. Und sie fliehen dort vor Krieg, fliehen dort vor der Sorge und vor der Angst vor Unterdrückung und sie werden willkommen geheißen, wenn sie es geschafft haben, die Grenze nach Polen



Foto: Schwanauk vom 30.03.2022, Wir packen's an, 03.04.2022, 18.11.2022

zu überqueren. Sie erhalten dort heißen Tee, sie erhalten dort warme Kleidung, wenn sie das wollen. Es gibt Busse, die sie abholen. Die polnische Bahn und die Deutsche Bahn transportieren sie kostenlos. Wenn sie in Deutschland ankommen, können Sie sich aussuchen in welche Stadt oder in welches Bundesland sie wollen. Es herrscht Konsens darüber in der Medienberichterstattung und in der herrschenden Politik, dass sie möglichst schnell eine eigene Wohnung haben sollten, dass sie nicht lange in Lagern oder Heimen unterkommen sollten, dass ihre Kinder so schnell wie möglich in die Schule kommen sollten, und arbeiten sollen sie auch können, so schnell es irgend geht.

Und das ist richtig. All das sollte jedem Menschen zukommen, der fliehen musste vor Hunger, der fliehen muss vor Krieg, der fliehen muss vor sexueller Ausbeutung oder Unterdrückung, der fliehen muss vor den Folgen der Klimakatastrophe, die wir mit unserer Politik und unserer Lebensweise verursachen und der es schafft, an die Grenzen der EU zu gelangen. Jeder dieser Menschen sollte auf diese Art und Weise willkommen geheißen werden

Am 8. März, zum Frauenkampftag, habe ich gemeinsam mit einer anderen Frau, die ausgebildete Lkw-Fahrerin ist, einen Lkw mit Hilfsgütern nach Polen gebracht. Wir sind erst an die polnisch-ukrainische Grenze gefahren. Dort gab es eine Station, die von einer kleinen Nichtregierungsorganisation (NGO) aufgebaut worden ist, die eigentlich Folkfestivals organisiert. Als der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist, hat diese kleine NGO angefangen eine Verteilstation für Hilfsgüter aufzubauen, damit sie in die Ukraine reingebraucht werden können, um die Geflüchteten zu versorgen, die dort Stunden, teilweise tagelang in Winterkälte anstehen, um die Grenze nach Polen überqueren zu dürfen. Wir haben dort Hilfsgüter hingebraucht, wir haben sie ausgeladen, es gab Unmengen von Freiwilligen die dort mit angepackt haben, die geholfen haben.

Vor uns waren Lkw aus den Niederlanden. Da ich hab eine NGO aus Israel getroffen, die helfen wollte – ganz viel internationale Solidarität. Ich würde sagen im besten Sinne des Wortes. Dann sind wir weitergefahren mit so einem Viertel des LKWs immer noch voller Hilfsgüter, an der ukrainischen Gren-

ze entlang. Und dann kamen wir an die belarussische Grenze. Und in dem Moment, wo östlich von uns nicht mehr die ukrainische Grenze war, sondern die belarussische Grenze, gab es Militär und Polizeikontrollen an jeder Kreuzung. Wir mussten langsamer fahren, es wurde reingeguckt bei uns. Dann wurden wir angehalten und mussten die Ladeklappe öffnen und wurden kontrolliert.

Wir haben Sorgen gehabt, dass wir angehalten werden würden. Das letzte Mal, als wir dorthin gefahren sind mit Hilfsgütern, sind wir eine Stunde lang festgehalten worden im Dunkeln in der Winterkälte von Militär und Polizei und durften nicht weiterfahren. Diesmal haben wir Glück gehabt. Wir sind durchgekommen. Es wurde nur geguckt, ob wir etwa versuchen Menschen auf der Flucht zu „schmuggeln“, denn an der belarussischen Grenze ist es Schmuggel und nicht ein humanitärer Transport, wie an der ukrainischen Grenze.

Dann sind wir angekommen bei einer kleinen Station, die von freiwilligen Helferinnen und Helfern organisiert wird und es war niemand da, außer einer einzigen Frau, die uns beim Ausladen geholfen hat. Und die hat uns erzählt: Seit der Krieg in der Ukraine ausgebrochen haben wir Probleme Freiwillige zu finden, die helfen wollen, die humanitäre Hilfe leisten wollen. Und seit der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist haben wir Schwierigkeiten Anwältinnen und Anwälte zu finden, die kostenlos Menschen unterstützen, die es schaffen bis nach Polen zu kommen. Und seit der Krieg in der Ukraine begonnen hat gibt es keine Journalisten und keine Kamerafrauen mehr, keine Fotografinnen und Fotografen, die sich noch interessieren für das, was hier passiert. Weil sie nicht mehr interessiert sind, haben wir auch keinen öffentlichen Schutz mehr, wenn Menschen es schaffen über die Grenze zu kommen und in Polen Asyl beantragen wollen. Denn nur dieser öffentliche Schutz ermöglicht es ihnen, eventuell nicht legal wieder zurück gepusht zu werden, sondern ganz simpel ihr Menschenrecht auf einen Antrag auf Asyl wahrnehmen zu dürfen.

Dann sind wir zurückgefahren. Und kurz nachdem wir wieder hier waren, hören wir über unsere Freunde von der Gruppe „Granica“ (das ist die Koalition,



Miriam Tödter

die sich in Polen im Herbst letzten Jahres gebildet hatte, um die Menschen auf der Flucht zu unterstützen), vier von ihren Aktivistinnen und Aktivisten sind festgenommen worden sind, festgenommen worden genau da, wo wir auch waren. Und sie sind festgenommen worden, weil, sie das getan haben, was an der ukrainischen Grenze als humanitäre Hilfe konnotiert ist.

Denn was sie gemacht haben, ist im Winterschnee bei Minusgraden einer Familie mit kleinen Kindern ein wärmendes Obdach zu geben. Dafür sind sie verhaftet worden. Und dann sind sie in den Knast gesteckt worden und sie werden angeklagt – es läuft ein Ermittlungsverfahren gegen sie. Wenn sie Pech haben, drohen ihnen bis zu acht Jahren Gefängnis. Einer davon ist ein Deutscher.

Und dann frage ich euch, wie kann das sein? Wie kann das sein, dass mitten in Europa mitten in der EU die einen, die den Menschen heißen Tee geben, was Warmes anziehen und ein Obdach geben, von der herrschenden Politik, allen Parteien und den Medien als humanitäre Heldinnen und Helden bejubelt werden, und 150 Kilometer weiter die gleichen Menschen an der gleichen EU-Außengrenze verhaftet, in Knast gesteckt werden und damit rechnen müssen, Jahre ihres Lebens hinter Gittern zu verbringen, weil sie exakt die gleiche humanitäre Hilfe leisten? Und wir von „Wir packen's an“ und ich denke, ihr als LINKE auch sagen ganz klar: geht nicht, ist nicht. Unsere Solidarität gehört allen. Denn wahre internationale Solidarität kennt keine Grenzen.

Dr. Artur Pech: Frieden und Kommunalpolitik

(Aus dem Diskussionsbeitrag auf dem Landesparteitag am 2. April 2022)

Und nun haben wir Krieg in Europa. Für Karl Liebkecht stand da der Hauptfeind noch im eigenen Land. In der Tageszeitung *neues deutschland* war dagegen zu lesen, solange Putin über Russland regiert, werde es kein Sicherheitsbündnis mit Russland geben. Und jetzt entdecken auch manche „Verteidigungspolitiker“ in der LINKEN die Nato als Friedensmacht. Das ist dann einer der Punkte, an dem das Parteiprogramm Stück für Stück renoviert werden soll.

Dazu sage ich: Es kann nicht die Aufgabe der LINKEN sein, Strategien für die NATO oder für den Wirtschaftskrieg zu entwickeln. Das Gerede von „Putins Krieg“ zeugt davon, dass alle linken Erkenntnisse über Kriegsursachen entsorgt werden. Wer die Frage nach dem Weg in den Krieg nicht zulässt, der wird auch den Weg zum Frieden nicht finden. Die LINKE hat allen Grund, bei ihrer friedenspolitischen Programma-

tik zu bleiben und sich nicht der Nato anzudienen.

Wer immer Putin zum Teufel schicken und erst danach über Frieden nachdenken will, sollte nicht vergessen: Der hat die Mittel, ihn mitzunehmen. Das entschuldigt nichts, macht aber das Problem derer deutlich, die den Krieg mit Sanktionen gewinnen wollen. Wie schlau die auch immer eingefädelt zu sein scheinen: Die Zeche zahlen immer die kleinen Leute – nicht nur an der Zapfsäule oder mit den Heizkosten. Denn tatsächlich ist das, was sich jetzt abzeichnet, mindestens ein teilweiser Übergang zur Kriegswirtschaft.

Maßlos geärgert hat mich die vom Bundesgeschäftsführer der LINKEN beharrlich aus demoskopischen Betrachtungen abgeleitete Phrase, die Friedensfrage sei nicht wahlentscheidend. Das ist die verkörperte Verwechslung von Politik und Demoskopie. Nicht vergessen: Schon Karl Liebkecht muss-



Dr. Artur Pech

te gegen eine ziemlich erfolgreich verbreitete Kriegsbegeisterung eintreten. Frieden ist für DIE LINKE eben keine Konjunkturfrage.

Dafür mache ich auch Kommunalpolitik. Und gegenwärtig vor allem zur Linderung der Konsequenzen des Schießkrieges und des Wirtschaftskrieges für Menschen, die davon am härtesten betroffen sind.

Der April-Kreistag

Kommunales und Krieg

Als ich auf dem Landesparteitag sprach, war unser Dringlichkeitsantrag „Unterstützung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree bei der Bewältigung des Mehraufwands durch die Aufnahme von Menschen aus der Ukraine“ schon geschrieben. Darin hieß es:

„Die im Landkreis Oder-Spree nach ihrer Flucht aus der Ukraine untergekommenen Menschen haben zu einem deutlich erhöhten Zulauf zu den Tafeln geführt. Neben dem größeren Umfang der Arbeit für die Bereitstellung der zusätzlich erforderlichen Produkte stehen insbesondere im Transportbereich deutlich gestiegene Kosten. Beides muss bewältigt werden, um Konfliktsituationen zu vermeiden, wie sie in ähnlicher Lage vor einigen Jahren auftraten.“

Zu einer Behandlung des Antrages kam es nicht. Die Verwaltung behauptete kaltschnäuzig, es gäbe keinen Mehraufwand und eine Mehrheit des Kreistages lehnte die Behandlung als Dringlichkeitsantrag ab. Nun wird es Juni, bis er in den Kreistag kommt. Ich erspare mir dazu weitere Ausführun-

gen und verweise auf den am Ende eingefügten offenen Brief der GefAS. (Seine Fortsetzung fand dieses Problem im Sonderkreistag am 13. April 2022 – siehe Seite 5.)

Darüber hinaus hatte sich die Linksfraktion an einem Dringlichkeitsantrag für eine kurzfristige Erhöhung (Anpassung) der Grundgebühr für Taxifahrten beteiligt. Auch hier ging es um einen Ausgleich für die durch die im Ergebnis der Kostensteigerung für Treibstoffe in existenzielle Nöte getriebenen Taxiunternehmen im Landkreis.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde angenommen. Seine inhaltliche Behandlung innerhalb der Tagesordnung führte dann zu dem Ergebnis, dass der Kreistag aus formalen Gründen für eine Beschlussfassung zu einer Sondersitzung zusammentreten musste, denn die Angelegenheit duldete keinen Verzug.

Das ist gut so. Bleibt nur die Frage, warum das gleiche Problem bei den Tafeln im Landkreis nicht dringlich sein soll. Könnte das etwas mit dem Klassenstandpunkt zu tun haben? (siehe Seite 6)

Krieg und Frieden in der Tagesordnung

Der Krieg tauchte dann noch in mehreren Tagesordnungspunkten auf.

Der Landrat ging in seinem Geschäftsbericht umfangreich auf Probleme der Unterbringung ein, die sich aus der großen Zahl der in kurzer Zeit aus der Ukraine kommenden Menschen ergeben.

Da ging es unter anderem um die Genehmigung einer Eilentscheidung für eine Ausgabe von über 400.000 € zur Ausstattung von Wohnungen und um eine Richtlinie, nach der Kosten für die private Unterbringung aus der Ukraine geflüchteter Menschen erstattet werden können.

Dazu waren Entscheidungen notwendig, weil es auf staatlicher Ebene (also bei Bund und Land) bis dato keine Regelungen gab.

Der Krieg erreichte den Kreistag aber auch mit dem scheinbar unverfänglichen Tagesordnungspunkt 17:

„Kündigung der Partnerschaftvereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree, dem Landkreis Sulęcın sowie

dem Ausführungskomitee der Region Hrodna“.

Dazu hieß es in der Beschlussvorlage: „Der Landrat des Landkreises Sulęcín hat mit Schreiben an den Landkreis Oder-Spree vom 14. März 2022 die Absicht des Landkreises Sulęcín angezeigt, wegen der Unterstützung der militärischen Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine durch Belarus die bisherige trilaterale Partnerschaftsvereinbarung über ihre Zusammenarbeit und den Austausch in den Bereichen Wissenschaft, Technik, Kultur und zivilgesellschaftlichen Beziehungen kündigen zu wollen.“

Mit der Beschlussvorlage sollte nun erreicht werden, dass der Landkreis eine neue bilaterale Partnerschaftsvereinbarung allein mit dem Landkreis Sulęcín abschließt.

Bereits im Vorfeld des Kreistages hatte die Linksfraktion signalisiert, dass sie die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit ihrem polnischen Partnerlandkreis sehr befürwortet, eine Übertragung von Feindschaft auf die kommunalen Partnerschaften aber ablehnt. Daher haben wir den Ergänzungsantrag gestellt:

„Der Kreistag bevollmächtigt den Landrat weiterhin für den Fall, dass der Landkreis Sulęcín die bisher trilaterale Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Landkreis Sulęcín, der Region Hrodna in Belarus und dem Landkreis Oder-Spree kündigt, zur Region Hrodna Kontakt aufzunehmen und der Region Hrodna eine bilaterale Fortsetzung der Partnerschaftsvereinbarung anzubieten, sofern von dort Interesse besteht.“

Diesen Ergänzungsantrag hat der Kreistag angenommen. Es ist wichtig, dass die Kommunen, dass die Zivilgesellschaft, dass Wissenschaft und Kultur Felder der Zusammenarbeit auch in schwierigen Zeiten bleiben.

Aber auch diese Frage fand auf dem Sonderkreistag am 13. April 2022 eine skandalöse Fortsetzung (siehe unten).

Tesla und der Straßenverkehr

Der Landtag des Landes Brandenburg hatte am 19. Januar 2022 Probleme einer Verkehrslösung für Erkner/Neu Zittau/Gosen erörtert. In der Debatte war von der Mehrheit weder ein sachlicher Ansatz für die Lösung des Problems noch die Bereitschaft zu erkennen, nach einer solchen Lösung

auch nur zu suchen. Vielmehr wurde nicht inhaltlich, sondern formal mit einer angeblich fehlenden Einbeziehung der kommunalen Ebene argumentiert.

Wenn es dabei bleibt, werden die Proteste gegen dieses Agieren weiter zunehmen. Die kommunale Ebene darf nicht zum Prellbock für die Verweigerung von Lösungen durch Bund und Land werden.

Die mit der Industrieansiedlung von den Ausmaßen der „Tesla-Gigafactory“ verbundenen Probleme können von den Kommunen nicht gelöst und dürfen ihnen deshalb auch nicht überlassen werden.

Wegen der offenkundigen Verweigerungshaltung einer Mehrheit des Landtages hatte die Linksfraktion beantragt, dass der Kreistag seine bereits vor Jahren beschlossene Position erneut bekräftigt. Nach einer durchaus kontrovers geführten Debatte hat der Kreistag dann die von uns vorgeschlagene Erklärung mit einer deutlichen Mehrheit verabschiedet:

„Der Kreistag Oder-Spree hat mehrfach von den für Bundes- und Landesstraßen zuständigen Institutionen eine Lösung zur Entschärfung der seit geraumer Zeit unzumutbaren Verkehrssituation im Bereich Erkner und Neu Zittau gefordert. Die voraussichtlich bevorstehende Inbetriebnahme der Tesla „Gigafactory“ in Freienbrink wird diese Situation weiter verschärfen.

Der Landkreis Oder-Spree hat die in seinen Möglichkeiten liegenden Maßnahmen eingeleitet, um dieser Verschärfung entgegen zu wirken und drückt seine Empörung darüber aus, dass der Landtag des Landes Brandenburg bei der Feststellung belassen will, für eine Ortsumfahrung gäbe es keine Lösung.

Wenn es für eine im Osten Deutschlands einmalige Investition insgesamt



Der alltägliche Verkehrsstau in Erkner

sehr kurzfristige Lösungen gibt, dann muss es auch Lösungen für die davon betroffenen Menschen geben.

Der Landrat wird beauftragt, diesen Protest der Landesregierung, dem Landtag und dem Bundesverkehrsministerium zu übermitteln.“ (Dieser Text war bereits für den Februar-Kreistag, also vor der Eröffnung der Fabrik in Freienbrink eingebracht, da aber in die Ausschüsse verwiesen worden. In dieser Zeit wurde das Werk eröffnet.)

Das Trinkwasser und der Speckgürtel

Nicht nur im Zusammenhang mit der Errichtung eines großen Automobilwerkes in Freienbrink haben sich die Probleme der Trinkwasserversorgung in der Region in den letzten Jahren verschärft.

Der Wasserverband Strausberg-Erkner hatte nun den betroffenen Gemeinden mitgeteilt, dass er in seinen Stellungnahmen im Rahmen der Trägerbeteiligung zu zukünftigen Bebauungsplanverfahren keine Zusage mehr zur Trinkwasserversorgung abgeben wird.

Deshalb hatten wir den Landrat gefragt, welche Wirkungen für Bauvorhaben des Landkreises im Gebiet des WSE damit zu erwarten sind und welche Maßnahmen aus seiner Sicht geeignet sind, diesen Wirkungen zu begegnen?

In der Antwort wurde dann – zutreffend – darauf verwiesen, dass der Landrat des Landkreises Oder-Spree in dieser Sache keine Zuständigkeiten hat. Die Aufsicht über den WSE führt der Landrat von Märkisch-Oderland.

Auch darüber hinaus wurde ausgeführt, dass die Probleme alle in der Zuständigkeit der kreisangehörigen Kommunen liegen und kreisliches Wissen nicht oder allenfalls „aus zweiter Hand“ vorliegt.

Nun wird der WSE mit eigenen Mitteln nicht oder kaum in der Lage sein, neben dem durch die wachsende Wohnbevölkerung bedingten steigenden Wasserbedarf auch die erheblichen zusätzlichen Anforderungen der Wasserversorgung im Raum Grünheide/Freienbrink zu erfüllen. Daraus ergab sich die Nachfrage, ob dem Landkreis Schritte der Landesregierung zur überregionalen Problemlösung bekannt sind.

Das Fazit der Antwort lautete: „Wenngleich ich dabei bleibe, dass sich das Land zu spät bewegt hat und dann nicht die nötige Geschwindigkeit an den Tag gelegt, sehe ich im Moment nicht, was zusätzlicher politischer Druck bewirken könnte. Der WSE hat hier mit seiner Öffentlichkeitsarbeit bereits den maximalen Druck geschaffen, wenngleich er damit auch viel Porzellan zerschlagen und sich auch in eine schwierige Situation gebracht hat. Nach außen ist der Eindruck entstanden, dass der WSE den einfachen Bürgern das Wasser kürzen muss, um Tesla zu versorgen. Außerdem besteht teilweise die Auffassung, dass uns die Grundwasserreserven kurzfristig ausgehen. Beides ist falsch. ...

Im Moment macht der WSE mit Pressemitteilungen Politik und betreibt über seine Stellungnahmen zu Bauleitplänen Stadtplanung... Der WSE hat damit erreicht, dass sich das Land mit ihm an einen Tisch setzt und nach einer Lösung sucht. Gleichzeitig hat er einen enormen Imageschaden für die Region verursacht. Dieses Vorgehen war sicher nicht alternativlos und es

scheint zur schlechten Sitte zu werden, miteinander über die Presse zu kommunizieren.“

Die schöne Helene und der Busverkehr Verstärkung der Buslinie 443: Frankfurt (Oder)–Müllrose–Eisenhüttenstadt

Nach der Sperrung der Strände am Helenesee ist für viele Frankfurter das Freibad am Großen Müllroser See die nächste „Ausweich-Badestelle“. Da an den Wochenenden kein Busverkehr auf der BOS-Linie 443 von Frankfurt über Müllrose nach Eisenhüttenstadt angeboten wird und von Mo - Fr auch nur der Schulbusverkehr gefahren wird, gab es schon im Vorjahr in der Badesaison starken PKW-Verkehr, der die Umwelt belastet und besonders an den Wochenenden die Parkplatzkapazitäten überfordert. Ein Busangebot hätte dem entgegenwirken können.

Deshalb hatten wir beantragt, dem Landrat zu beauftragen, eine Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder) für die Erprobung der Verstärkung der Buslinie 443 von Frankfurt (Oder) nach Eisenhüttenstadt über Müllrose in der

Badesaison 2022 anzustreben und dem Kreistag bis zum Ende des Jahres eine Auswertung der Erprobung zur Beurteilung der Sinnhaftigkeit eines solchen Angebots für den Zeitraum der Schließung der Badestrände am Helenesee vorzulegen.

Obwohl die Stadt Frankfurt (Oder) Interesse an einer solchen Lösung bekundet hatte, lehnte eine Mehrheit des Kreistages diesen Antrag ab.

Die afrikanische Schweinepest und die Folgen

Der Krieg in der Ukraine und Corona haben die afrikanische Schweinepest weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Dennoch ist sie mit gravierenden Folgen für Landwirtschaftsbetriebe im Landkreis verbunden.

Deshalb hatten wir diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt.

Nach einer ersten Darstellung der Probleme im April-Kreistag soll es in den nächsten Monaten einen Sonderkreistag geben, in dem die Probleme der Landwirtschaft im Landkreis gründlicher behandelt werden können.

(Sonder-) Kreistag am 13. April 2022

Soziale Gewissenlosigkeit und politisches Versagen

Der Sonderkreistag am 13. April 2022 hat nach einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE, CDU, BVB/Freie Wähler und FDP/B-JA/BVFO den Taxiunternehmen im Landkreis nach den massiven Preissteigerungen für Treibstoffe wieder die Berechnung kostendeckender Preise ermöglicht. Die Debatte dazu war im Kreistag am 6. April geführt worden. In der aus formalen Gründen notwendigen Sondersitzung fand die angestrebte Regelung eine große Mehrheit.

Zwei skandalöse Momente dieses Kreistages erfordern jedoch ein klares Wort:

Die Nöte der Tafeln

Bereits zum Kreistag am 6. April 2022 hatte die Linksfraktion den Dringlichkeitsantrag eingebracht, den Tafeln im Landkreis schnelle Hilfe zuteilwerden zu lassen. Sie stehen unter einem mehrfachen Druck: Im Zuge der

Aufnahme von Menschen aus der Ukraine hat sich die Zahl derer, die an den Tafeln Hilfe suchen, deutlich erhöht. Die Tafeln müssen durch die Preissteigerungen bei den Treibstoffen zusätzliche Kosten tragen. Zugleich werden Lebensmittel teurer und der Aufwand zum Aufbringen der notwendigen Lebensmittelpenden wächst.

Diesen Dringlichkeitsantrag hatten nun am 13. April 2022 die Fraktionen DIE LINKE, BVB/Freie Wähler und FDP/B-JA/BVFO gemeinsam eingebracht. Und wiederum lehnte der Kreistag bei Stimmengleichheit von 18:18 Stimmen seine Behandlung ab.

Nur eine Stunde später berichtete „brandenburg aktuell“ dann aus Cottbus, dass die dortige Tafel erstmals in ihrer Geschichte Menschen abweisen und die Tafel in Perleberg zeitweise schließen musste. Die Verweigerer von Hilfen für die Tafeln im Landkreis Oder-Spree nehmen solche Entwicklun-

gen mindestens in Kauf. Das ist soziale Gewissenlosigkeit.

Feindschaft zwischen Kommunen?

Wie auf Seiten 3 und 4 berichtet, will der polnische Landkreis Sulęcín „wegen der Unterstützung der militärischen Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine durch Belarus die bisherige trilaterale Partnerschaftvereinbarung über ihre Zusammenarbeit und den Austausch in den Be-

Impressum:
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree - Informationen der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Redaktionsschluss: 17. April 2022
Auflage: 2000 Exemplare
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech

reichen Wissenschaft, Technik, Kultur und zivilgesellschaftlichen Beziehungen“ zwischen dem Landkreis Sulęcin, der Region Hrodna in Belarus und dem Landkreis Oder-Spree kündigen.

Deshalb hat der Kreistag beschlossen, in diesem Falle mit dem Landkreis Sulęcin eine zweiseitige Partnerschaftvereinbarung abzuschließen und den Landrat beauftragt, mit der Region Hrodna Kontakt aufzunehmen und auch ihr eine bilaterale Fortsetzung der Partnerschaftvereinbarung anzubieten.

Dieser Beschluss wurde begründet: „Trotz des schrecklichen Krieges in der

Ukraine sollten wir dem Abbruch länderübergreifender zivilgesellschaftlicher Kontakte nicht grundsätzlich folgen.“

Am 13. April erklärte der Landrat nun, dass er diesen Beschluss nicht erfüllen will. Eine rechtliche Begründung wird nach seinen Worten mit einem Schreiben an die Kommunalaufsicht noch gesucht. Auf das kommunalrechtliche Mittel einer Beanstandung des Kreistagsbeschlusses hat er sich nicht berufen.

Dieses eindeutig politisch motivierte Vorgehen gegen einen Beschluss des Kreistages steht dem Landrat nicht zu.

Nicht Abbruch, sondern die Entwicklung von Kontakten ist gerade in diesen Zeiten notwendig.

Die Mehrheit des Kreistages ist deutlich weitsichtiger als der Landrat. Dem Berliner Erzbischof Heiner Koch ist beizupflichten: Frieden wird es nicht geben, „wenn es nicht irgendwann wieder dazu kommt, dass man Vertrauen aufbaut, das zerstört ist jetzt, in ganz Europa, und nicht alles tut, dass man im Gespräch bleibt und in der Achtung vor einander wird es kein Frieden geben“. (brandenburg aktuell, 15. April 2022, 19.30 Uhr).

Offener Brief des Vorstandes der GefAS an den Landrat

Betreff: 16. Sitzung des Kreistages

Sehr geehrter Herr Landrat,

mit großer Enttäuschung musste ich den Beschluss zum Dringlichkeitsantrag der Linken für die Unterstützung der Tafeln im Landkreis Oder-Spree zur Kenntnis nehmen. Der Dringlichkeitsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Das ist im höchsten Maße unverständlich. Gerade die Tafeln (4) der GefAS im Landkreis Oder-Spree sind es, die ganz wesentlich der Armut eines großen Teils der Bevölkerung entgegenwirken. Derzeit werden durch die GefAS ca. 12.000 Kinder, Erwachsene und Alte monatlich durch die Tafel ergänzend mit Lebensmitteln versorgt. Wir mussten nicht nur die hohen Belastungen ab 2013 mit der Asylwelle meistern, wir sind jetzt wieder veranlasst mit den ukrainischen Flüchtlingen eine zusätzlich hohe Anzahl von Personen ergänzend mit Lebensmitteln zu versorgen. Die über die Tafeln versorgten Menschen befinden sich nicht nur in materiellen Schwierigkeiten, dass dürfte Ihnen bewusst sein.

Wie die gesamte Bevölkerung und Betriebe durch Energie- und Spritkosten außerordentlich belastet ist, schlägt sich das natürlich im hohen Maße auf unsere sozialen Aktivitäten nieder. Täglich, ja täglich sind 9 Fahrzeuge unterwegs um Lebensmittel aus einem Umkreis von 100 Kilometern heran zu fahren und um Alten und behinderten Menschen ein warmes Mittagessen auf den Tisch zu stellen.

Wir sind kräftemäßig und finanziell am Limit!

In dieser Situation schickt das Jobcenter Emissäre herum, die auskundschaften sollen wie es den Tafeln geht. Nun sprechen diese Leute nicht die verantwortlichen Vorstände, Geschäftsführer oder Projektleiter der Tafel an, sondern erkundigen

sich bei ehrenamtlichen Beschäftigten, die vielleicht nur einen halben Tag in der Tafel sind, wie es um die Tafeln steht. Eine realistische Antwort hätten sie sich sicher von den verantwortlichen Personen erhalten.

Mit den „Erkenntnissen“, die mir fragmentweise bekannt sind, gehen Sie und die Dezernentin manipulativ in der oben erwähnten Kreistagssitzung auf die Abgeordneten zu und sagen ihnen, dass es keine Bedarfe bei den Tafeln gibt. Dieses Vor-

gehen ist uns auch aus anderen Themen der Armutsbekämpfung, wie Obdachlosenbekämpfung und der Schuldnerberatung bekannt.

Vielleicht haben Sie aus der Presse oder dem Fernsehen entnommen, dass die Tafeln in Deutschland und speziell im Landkreis Oder-Spree (da sie keine Unterstützung erhalten) in höchster Not sind aber außerordentliches leisten, um nicht nur Migranten und Asylbewerbern, sondern eine Vielzahl deutscher Bürger ergänzend mit Lebensmitteln zu versorgen. Für viele dieser genannten Personen ist mittlerweile die Nutzung der Tafeln lebensnotwendig geworden. Unser nächster Armutsbericht wird das verdeutlichen.

Da es auf dem üblichen Verwaltungsweg und über den parlamentarischen Weg nicht möglich ist eine regelmäßige Unterstützung für die Tafeln vom Landkreis zu erhalten, beantrage ich hiermit öffentlich, für jede Tafel im Landkreis eine finanzielle Zuwendung von 15.000 €. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, wäre aber eine wichtige und notwendige Soforthilfe.

Über das verwaltungsmäßige Vorgehen, zum Erlangen von Informationen über gesellschaftlich prekäre Situationen, will ich in Ihre Geschäftstätigkeit nicht reinreden. Dennoch kann man die gewählten Abgeordneten auch nicht davon freisprechen, sich um die Lebenssituation der Menschen, die sie gewählt haben, zu kümmern. Anträge für die Finanzierung sozialer Aufgaben wurden leider im Landkreis Oder-Spree in jüngster Vergangenheit immer wieder abgelehnt. Ich gehe davon aus, dass ich auf meinen offenen Brief wenigstens eine Antwort erhalte.

Dipl.-Jurist Siegfried Unger
Vorstand der GefAS

